

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.— für Selbstabholer 1.00 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72200. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Taubauer Str. 19/21
Telegraphisch: Leipziger Volkszeitung Leipzig
Telefon 72200. — **Verlag in Leipzig:**
Taubauer Straße 19/21 — Telefon 72201

Inseratenpreise: Die 10geleit. Kolonelle 35 Pfg., bei Wagnerschrift 40 Pfg. Stellenangebote 10geleit. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10geleit. Kolonelle mit 50% Nachlag. Reklameseite 2 Mk. Inzerate v. ausw.: die 10geleit. Kolonelle 40 Pfg. bei Wagnerschrift 50 Pfg. Reklameseite 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigabteile und alle Vertriebsstellen entgegen

Zum 53. Male Völkerbundsrat

Chamberlain u. Co. in Lugano

SPD Lugano, 10. Dezember.

Briand verweilte längere Zeit bei Stresemann. Die Unterhaltungen zwischen den Premierministern, die fortgesetzt werden, betreffen nicht nur den Räumungskonflikt, sondern auch die anderen Punkte der Tagesordnung, so die Behandlungsmethode der ober-schlesischen Frage und anderes. Abweichende Auffassungen bestehen im wesentlichen in der Frage der Rheinandräumung. Briand äußerte, seine Aufgabe sei es, Stresemann zu überzeugen, daß der Pakt von Locarno nicht tot sei.

Das Programm

III Lugano, 9. Dezember.

Die 53. Tagung des Völkerbundsrates wird am Montagvormittag in der üblichen Weise durch eine Geheimnisfeier eröffnet werden, in der die Tagesordnung endgültig festgelegt und einige laufende Verwaltungs- und Personalfragen erledigt werden. Anschließend findet eine öffentliche Aussprache statt. Briand, der den Vorsitz führt, wird voraussichtlich in einer kurzen Ansprache auch auf die Verlegung der Ratstagung nach Lugano hinweisen. Der Rat wird sich sodann in einer öffentlichen Sitzung mit dem Bericht der Mandatskommission, dem Bericht der Kommission für geistige Zusammenarbeit, der Herab-

setzung der Zahl der Ratstagungen und der Einholung von Rechtsgutachten des Völkerbundsrates beim internationalen Schiedsgerichtshof in Haag befassen. Der Nachmittag wird sodann für den persönlichen Meinungsaustausch der Delegierten freibleiben. Die gegenwärtige Tagung des Völkerbundsrates gilt hauptsächlich der Ausföhrung der Beschlüsse der Vollversammlung des Völkerbundes vom September dieses Jahres, sowie den inneren Aufbau des Völkerbundes durch Schaffung neuer Organe und Kommissionen.

In der Eröffnungsitzung wird der Rat zunächst unter Ausschluß der Öffentlichkeit seine Tagesordnung genehmigen, wobei angesichts der bevorstehenden und, wie verlautet, erfolgversprechenden direkten Verhandlungen zwischen Ungarn und Rumänien der langwierige und hartnäckige Streit in der Dyp-lante-Frage von der Tagesordnung abgesehen werden wird. Die bevorstehende Tagung, die aller Voraussicht nach am Sonntagabend abgesehen wird, hat hauptsächlich die Aufgabe, Ausföhrungsbestimmungen für die Beschlüsse der letzten Bundesversammlung zu treffen, die besondere Maßnahmen zur inneren Organisation und damit zur Festigung des Völkerbundes betreffen. Darüber hinaus wendet sich natürlich das allgemeine Interesse den politischen Gesprächen zu, die in den nächsten Tagen zwischen den hier anwesenden Ministern des Neuen Deutschlands, Englands und Frankreichs stattfinden werden. Bei diesen Begegnungen handelt es sich aber im Gegensatz zum vergangenen September nicht um Verhandlungen, sondern lediglich um eine Aussprache über verschiedene völkpolitische Fragen.

Kaas und Hugenberg

Zwei große bürgerliche Parteien haben am Wochenende wichtige politische Entscheidungen gefällt. In Köln wählte sich das Zentrum einen neuen Mann, dem als Vorsitzenden die Aufgabe zufallen wird, die auseinanderstrebende „Herde“ zusammenzuhalten. Für diese Zwecke wurde der Prälat Dr. Kaas ausgewählt. In den gleichen Stunden befestigte Herr Hugenberg sein Regiment über die Deutschnationale Partei. Er legte einer Vertreterversammlung die neue von ihm zusammengestellte Liste des Parteivorstandes vor, die denn auch ordnungsgemäß anerkannt worden ist. Graf Westarp wurde aus der Leitung der Partei endgültig ausgeschifft, dafür findet man unter den Namen der neuen Männer alle die, die sich durch eine besonders reaktionäre Auffassung in den Innen- und Außenpolitik besonders ausgezeichnet haben. So u. a. den bedeutendsten Mitarbeiter der Deutschen Zeitung, den Finanzrat Dr. Bang. Ferner Herrn von Freytagh-Loringhoven, den baltischen Stämming aus der früheren zaristischen Armee, Herrn Haglacher, einen der führenden Männer der Schwerindustrie, Frau Müller-Ostried, die ohne die Todesstrafe nicht auszu-sommen glaubt, und Herrn Mumm, den frömmelnden Finsterling. Dazu die Oberfohren, Quack, Schiele, Spahn, von Goldacker und Dugend andere mehr.

Die Zentrumsparlei hat sich, wie vor Wochen auch die Partei der Deutschnationalen, auf einen Vorsitzenden festgelegt, nachdem lange Zeit der Gedanke eines Dreimännerführertums erwogen wurde. Das Triumvirat wurde zuerst von den Deutschnationalen abgelehnt. Wenn binnen kurzer Zeit zwei große bürgerliche Parteien diesen Gedanken eines Führertums so eingehend erwogen haben, so ist das nicht von ungefähr. Die Deutschnationale und die Zentrumsparlei sind ihrer sozialistischen Zusammensetzung nach die unausgeglichensten Gebilde. In beiden Parteien steht der Arbeiter neben dem Großgrundbesitzer und dem Schwerindustriellen. Die Klassengegensätze verschärfen sich indes von Tag zu Tag. Mit der Entwicklung zur Großindustrie wird, wie es bereits im kommunistischen Manifest zu lesen war, der Bontgeis der Boden unter den Füßen hinweggezogen. Und um die auseinanderstrebenden Kräfte zusammenzuhalten, erwog man ein kollektives Führertum, in dem die verschiedenen Strömungen einander ergänzen und so die Parteikader zusammenhalten und führen sollten.

Die Deutschnationale Partei hat als erste erkannt, daß dann der Streit der Klassenkräfte unter den Mitgliedern in die oberste Parteiföhrung übertragen würde. Die Vertretertagung ist darum auf dem Wege des Einmännerführertums weitergegangen. Sie hat die Machtbefugnisse Hugengeburs verstärkt und ihm zur Rückbedeckung ein Führertum beigelegt, in dem der rechte Flügel unumfritten dominiert. Ein so einheitlicher Willensausdruck ist auf dem Zentrumsparleitag nicht hervorgetreten. Nach langen Kämpfen hat man sich zwar für Dr. Kaas, als alleinigen Führer, ausgesprochen, gleichzeitig aber wurden ihm Männer zur Seite gestellt, die eine Kontrolle im Sinne der verschiedenen Strömungen ausüben sollten.

Herr Dr. Kaas ist päpstlicher Hausprälat. Er ist im Dienst für die katholische Kirche aufgewachsen. Seit 1918 ist er in Trier Professor des Kirchenrechts. Dann erhielt er einen Ruf auf den kirchenrechtlichen Lehrstuhl zu Bonn. 1924 wurde er Domkapitular, woraus sich ergibt, daß er als Mann der Kirche über den Klassen stehen soll. Und das dürfte bei der Wahl von dem Kölner Parteitag ausschlaggebend gewesen sein. Nur so ist es zu verstehen, daß Kaas mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen erhielt. Der neue Vorsitzende der Zentrumsparlei hat sich bisher öffentlich im wesentlichen nur mit den außenpolitischen Problemen befaßt. In den innerpolitischen Gegensätzen hat er sich zurückgehalten. Aber gerade die Innenpolitik, die sozialpolitischen Entscheidungen der Zentrumsparlei, haben die Niederlagen des 20. Mai im Gefolge gehabt, und die Germania wünscht, daß es Herrn Dr. Kaas gelingen möge, das Zentrum aus den „Niederungen“ dieser Wahlschlacht zu einer besseren Zukunft emporzuziehen.

Der Hauptredner des Zentrumsparleitages, Herr Dr. Stegerwald, der bei der Wahl so kläglich abgelehnt hat, führte u. a. aus, man müsse versuchen, „aus der Kulturkampf-atmosphäre herauszukommen“. Während des Kulturkampfes verteidigte sich die katholische Kirche gegen den schwammigen Liberalismus, den die Vorläufer der Stresemann und Scholz um die Geistesfreiheit — wie sie sie auffassen — versuchten haben. Diesem Kampfe gesellte sich auch Bismard bei. Und im Widerstreit dieser Interessen wuchs der Zentrumssturm von Jahr zu Jahr zu einer schier traditionellen unerschütterlichen Macht. Herr Dr. Stegerwald sucht nun aus dieser Kulturkampf-atmosphäre loszukommen. Aber was bleibt übrig von der Zentrumsparlei, wenn die gewaltige ideologische Kraft der katholischen Kirche ausgeschaltet wird, die bisher die auseinanderstrebenden Kräfte zusammenhielt? Das hat die Mehrheit des Zentrumsparleitages recht wohl erfaßt. Sie wählte als Vorsitzenden Dr. Kaas, den Kirchenmann, der wirtschaftlich weniger gebunden ist, und der durch die Ideologie des Katholizismus versucht, die Klassenkräfte des Proletariats und der katholischen Beamtenhöfen mit denen der durch Klöster vertretenen Interessen der Schwerindustrie zusammenzuhalten.

Das ist eine Aufgabe, die niemand zu lösen vermag. Wenn sich die Mehrheit des Zentrumsparleitages gegen den gewalt nicht himmelstürmenden Dr. Stegerwald wandte, und wenn

Die große Lüge

Wichtige Erklärungen Coolidges

III Newyork, 8. Dezember.

Präsident Coolidge ließ nach einer Unterredung mit Staatssekretär Kellogg erklären, daß er seinen ganzen persönlichen Einfluß aufbieten werde, um die Annahme des Kellogg-Paktes ohne Vorbehalte möglichst schnell durchzuführen. Trotzdem ist es nicht von der Hand zu weisen, daß sich die Annahme des Vertrages infolge der Stellungnahme der Opposition im Senat verzögern wird. Die Hauptvorbehalte, die die Senatsopposition in den Pakt eingefügt wissen möchte, sind:

1. Die Unterzeichnung bedeutet nicht die Anerkennung Kublands.
2. Amerika ist nicht verpflichtet, sich an der Aufrechterhaltung des Statuts quo in Europa aktiv zu beteiligen.
3. Amerika kann alle Schritte ergreifen, die für die nationale Verteidigung notwendig sind.

Auf eine Anfrage im Senatsausschuß, ob Amerika bei einer Vertragsverletzung verpflichtet sei, sich an einer Aktion der Mächte zu beteiligen, antwortete Staatssekretär Kellogg verneinend. Präsident Coolidge ließ diese Erklärung dahin ergänzen, daß Amerika durch den Kellogg-Vertrag keinerlei Bindungen bei Vertragsverletzungen übernehme. Die Regierung hofft bestimmt, daß es ihr gelingen wird, die Opposition zurückzudrängen. Man rechnet infolgedessen vorläufig noch mit der Annahme des Vertrages.

Lächerliche Karikatur des Parlaments

Mussolinis Rede in der Schlusssitzung der Kammer

III Rom, 8. Dezember (Agenzia Stefani.)

Ich will, so begann Ministerpräsident Mussolini in der heutigen Schlusssitzung der Kammer seine Rede, über die bereits berichtet wurde, eine rein politische Darlegung geben und mich jeder Elegie enthalten, trotz der Atmosphäre besonderer Feierlichkeit, die diese Sitzung charakterisiert. Die Wahlen des kommenden Jahres, fuhr Mussolini fort, werden mit den Wahlen der Vergangenheit und denen anderer Länder nichts Gemeinsames haben. Von der sogenannten Wahlkampagne mit ihrer gewohnten theatralischen Inszenierung wird nicht das geringste zu bemerken sein. In jeder Provinz wird im kommenden März von den zuständigen Präfekten eine einzige Rede gehalten werden, in der die von der Regierung vorgebrachten Leistungen dargestellt werden. Für die neue Kammer sind tausend Männer aufgestellt, aber es werden davon nur 400 gewählt werden. Unter diesen 400 werden keine Leute sein, die Lügen und Klatsch sowie Verleumdungen erfinden und weitertragen, und andere Urheber von allerlei Untrieben sein. Die gegenwärtige Kammer weist zu 85 Prozent faschistische Elemente auf. Die zukünftige Kammer wird 100 Prozent aufweisen, und zwar werden es 400 in aller Form bei der Partei eingetragene Faschisten sein. Das ist keineswegs absurd, sondern es stellt eine Notwendigkeit dar, die der Geschlossenheit des Regierungssystems entspricht. Die Kammer wird volle Freiheit haben, über die Arbeit der Regierung zu debattieren, aber nicht, um sie zu stürzen, sondern in dem Sinne kritischer Mitarbeit.

Nach kurzen Darlegungen über die Aufgaben der künftigen Kammer, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, ging Mussolini noch auf die finanzielle Lage ein.

Die Volksabstimmung in Danzig

SPD Berlin, 10. Dezember (Radio.)

In Danzig hat am Sonntag die Volksabstimmung über die Gehehntwürde zur Verfassungsänderung stattgefunden. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen hat keiner der beiden Völkentscheide die erforderliche Stimmenzahl von 108 000 Stimmen aufbringen können. Auf den Entwurf der Regierungsparteien entfielen nach den bisher vorliegenden Resultaten 48 000, und auf den Entwurf der Bürgerparteien 57 000 Stimmen. Die Wahlbeteiligung schwankte zwischen 50 und 60 Prozent. Die Zahl der ungünstigen Stimmen, die wahrscheinlich auf die erstmalige Verwendung eines amtlichen Stimmzettels zurückzuführen ist, erscheint sehr groß.

Eine Protestwahl in Belgien

III Brüssel, 9. Dezember.

Bei der heute in Antwerpen vorgenommenen Erfragwahl für den verstorbenen liberalen Abgeordneten Kreglinger wurde der Flame Borna mit 103 885 Stimmen gegen 63 668 liberale gewählt. Wie die Belgische Telegraphenagentur meldet, befindet sich Borna, der nach dem Waffenstillstand verurteilt wurde, noch im Gefängnis und ist nicht wahlfähig.

Die Spitzen Oesterreichs



Bundeskanzler Dr. Seipel

Bundespräsident Dr. Heintisch
der nach der Bundesverfassung nicht zum drittenmal zum Bundespräsidenten gewählt werden durfte.